

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Institutionen und sozialer Wandel** des
Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

ISSN 1615-7559

FS III 00-205

**Typen und Indizes demokratischer Regime.
Eine Analyse des Präsidentialismus-
und des Veto-Spieler-Ansatzes**

Dieter Fuchs

Berlin, Juli 2000

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon (030) 25 49 1-0

Zitierweise:

Fuchs, Dieter, 2000:

Typen und Indizes demokratischer Regime.

Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes

Discussion Paper FS III 00-205.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Abstract

Today democracy is seen as the only legitimate form of government almost all over the world. That it can be institutionalized differently leads to the question which kind of democracy might be better or worse. This question can be answered normatively, but also on the basis of different performances that can be determined empirically. The latter requires an adequate theoretical conceptualization of types of democratic regimes and the operationalization of these types in the form of indices. This is the subject of the analysis. Types and indices of democratic regimes that figure in the current comparative and empirical research on democracy are compared against the background of a theoretical framework. They are categorized as presidentialism-parliamentarism-approaches or veto-player-approaches. Thereby, the analysis implies a comparison of these two basic approaches to the construction of types and indices of democratic regimes.

Zusammenfassung

Die Demokratie wird heute nahezu weltweit als die einzig legitime Form einer politischen Herrschaftsordnung angesehen. Angesichts des Sachverhaltes, dass diese unterschiedlich institutionalisiert werden kann, stellt sich die Frage, welcher Typ der Demokratie der bessere oder der schlechtere ist. Diese Frage kann normativ beantwortet werden, aber auch auf der Grundlage unterschiedlicher Performanzen, die empirisch ermittelt werden können. Letzteres setzt wiederum eine angemessene theoretische Konzeptualisierung von Typen demokratischer Regime voraus und die Operationalisierung dieser Typen in Form von Indizes. Das ist das Thema dieser Analyse. Vor dem Hintergrund eines theoretischen Bezugsrahmens werden verschiedene Typen und Indizes demokratischer Regime miteinander verglichen, die in der gegenwärtigen vergleichenden und empirischen Demokratieforschung eine Rolle spielen. Diese werden entweder dem Präzidentialismus-Parlamentarismus-Ansatz oder dem Veto-Spieler-Ansatz zugeordnet. Die Analyse impliziert also zugleich einen Vergleich dieser beiden grundlegenden Ansätze der Bildung von Typen und Indizes demokratischer Regime.

Dieter Fuchs

Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes¹

1. Fragestellung

Welche Herrschaftsordnung ist die bessere und welche die schlechtere? Aristoteles stellte diese Frage im 4. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, und mit seinem systematischen Versuch, sie in seiner „Politik“ zu beantworten, kann man den Beginn der Politikwissenschaft ansetzen. Von einigen kurzen Unterbrechungen abgesehen, steht diese Frage seitdem im Mittelpunkt des Interesses der Disziplin. Die ersten Dekaden nach dem Ende des zweiten Weltkriegs – als strukturell-funktionale und behavioristische Ansätze in der Sozialwissenschaft dominierten – stellten eine solche Unterbrechung dar. Politische Institutionen als die konstitutiven Elemente von Herrschaftsordnungen wurden als Epiphänomene ohne eigenständigen Erklärungswert betrachtet (Rothstein 1996). Eine systematische Unterscheidung unterschiedlicher institutioneller Arrangements und eine empirische Analyse ihrer Auswirkungen schien von daher gesehen auch nicht notwendig zu sein. Die einzig bedeutungsvolle Unterscheidung war die zwischen Demokratie und Autokratie, und diesbezüglich war – zumindest aus der westlichen Perspektive – die Frage der überlegenen Herrschaftsordnung von vornherein beantwortet.

Seit dem Beginn der 1980er Jahre erfährt die Analyse politischer Institutionen eine Renaissance. Der vermutlich wichtigste Grund war die „dritte Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991), d. h. die Ersetzung von Autokratien durch Demokratien in vielen Ländern der Welt. Einen Höhepunkt erfuhr diese Demokratisierungswelle durch den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Da eine Demokratie in unterschiedlicher Weise institutionalisiert werden kann, stellte sich in diesen Ländern die Frage, welche der existierenden Formen der Demokratie denn eingeführt werden sollte. Angesichts von Regierbarkeits- und Legitimationsproblemen wurde jedoch auch in den Ländern mit einer etablierten Demokratie diskutiert, ob die im eigenen Land implementierte Form die angemessenste sei. Die klassische Frage der Politikwissenschaft wurde also wieder aufgegriffen, nur bezog sie sich dieses Mal lediglich auf einen

¹ Der Aufsatz erscheint in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel und Christian Welzel (Hrsg.), (2000): Empirische Demokratiemessung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Vergleich unterschiedlicher Formen der *demokratischen* Herrschaftsordnung und nicht von Herrschaftsordnungen überhaupt.

Ein sinnvoller Anknüpfungspunkt für die Auswahl und Gestaltung politischer Institutionen sind die bisherigen Erfahrungen über ihre Auswirkungen in der Wirklichkeit. Die empirische Forschung hat diesbezüglich aber bislang uneindeutige und zum Teil sogar widersprüchliche Ergebnisse erbracht (Tsebelis 1995). Dieser unbefriedigende Tatbestand ist vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens haben einige der Typologien der institutionellen Ordnung von Demokratien und der auf ihnen basierenden Indizes eine unzureichende theoretische Fundierung. Das führt zu einer gewissen Beliebigkeit in der Selektion und der Operationalisierung von Strukturmerkmalen. Zweitens differieren die Fragestellungen beträchtlich. Das Erkenntnisinteresse vieler neuerer Analysen, in denen institutionelle Variablen eine Rolle spielen, richtet sich auf eine möglichst vollständige Erklärung von Resultaten der politischen Prozesse: „... it takes policy outcomes as its primary concern and works its way backward to institutional and partisan characteristics that are responsible for the production of specific policy outcomes“ (Tsebelis 1999, 591). Wenn das primäre Interesse aber der *Qualität* unterschiedlicher Formen von Demokratie gilt, dann muss das Vorgehen umgekehrt sein. Statt von „policy outcomes“ „rückwärts“ auf institutionelle und andere Charakteristika zu kommen, die diese erklären können, muss von den institutionellen Charakteristika – und nur von diesen – ausgegangen und sich von daher „vorwärts“ auf die „policy outcomes“ bewegt werden.

Wir ersetzen den Begriff der „policy outcomes“ im folgenden durch den der *politischen Performanz*. In Anknüpfung an Eckstein (1971) sowie Almond/Powell (1978) werden darunter die bewerteten Ergebnisse der politischen Prozesse in einem Land verstanden. Diese können sich sowohl auf „outputs“ als auch auf „outcomes“ beziehen. Die politische Performanz kann in systemische und demokratische Performanz unterteilt werden (Fuchs 1998). Systemische Performanz bezieht sich auf diejenigen Leistungen, die jedes politische System – sei es ein autokratisches oder ein demokratisches – für die Gesellschaft zu erbringen hat (z. B. Gewährleistung des inneren Friedens und eines „minimalen“ Wohlfahrtsniveaus, Bildung der Bürger). Demgegenüber bezieht sich demokratische Performanz auf diejenigen Leistungen, die auf der Grundlage demokratischer Normen erwartet werden können (z. B. faktische Gewährleistung der Menschenrechte, Responsivität der Entscheidungsträger gegenüber den Ansprüchen der Bürger, Einhaltung allgemein akzeptierter Gerechtigkeitsstandards bei den politischen Entscheidungsprozessen). Diejenige institutionelle Form, die dauerhaft bessere Performanzen erzeugt als andere, kann auch als die relativ bessere betrachtet werden, wobei sich diese Bewertung einmal auf die systemische und einmal auf die demokratische Performanz beziehen lässt.

Die Frage nach der Qualität unterschiedlicher Formen der Demokratie ist unter anderem unter dem praktischen Gesichtspunkt der intentionalen Einführung einer neuen oder der Reformierung einer alten Herrschaftsordnung relevant. Diese politisch-praktische Relevanz nötigt zu einer weiteren analytischen Fokussierung. Intentional gestaltbar sind nur diejenigen institutionellen Arrangements, die konstitutionell festgelegt werden können. Nicht zufälligerweise hat sich Sartori (1994a) in seiner Studie über „Constitutional Engineering“ lediglich auf konstitutionelle Merkmale von Demokratien bezogen. Auch Lijphart (1984, 1999), der sich in seinen Analysen über die zeitgenössischen „democracies“ stark auf Merkmale des Parteiensystems und von Akteurskonstellationen stützt, hat sich bei seinen Überlegungen zu „constitutional choices“ (1991) und zu einem „institutional design“ (1996) weitgehend auf konstitutionelle Merkmale beschränkt. Neben dem Gesichtspunkt der politisch-praktischen Relevanz kann aber auch grundsätzlich argumentiert werden, dass ein theoretisch plausibler Institutionenbegriff nicht auf der Grundlage empirisch festgestellter Regelmäßigkeiten, sondern nur unter Rekurs auf rechtlich kodifizierte normative Verhaltenserwartungen entwickelt werden kann (Fuchs 1999).

Die nachfolgende Analyse hat zwei Zielsetzungen. In einem ersten Schritt wird auf eine theoretisch-deduktive Weise versucht, unterschiedliche Typen der institutionellen Arrangements von Demokratien zu bestimmen. Diese institutionellen Arrangements bezeichnen wir mit dem eingeführten Begriff des demokratischen Regimes (Easton 1979²). Vor dem Hintergrund dieses Theorierahmens werden in einem zweiten Schritt die wichtigsten Indizes demokratischer Regime diskutiert, die in der vergleichenden Demokratieforschung angewendet werden. Es handelt sich dabei um die Präsidentialismus-Parlamentarismus-Indizes von Shugart/Carey (1992) sowie von Sartori (1994a, 1994b) und mehrere Indizes, die dem Veto-Spieler-Ansatz zugeordnet werden können. Dazu gehören der „Index der konstitutionellen Struktur“ (Huber/Ragin/Stephens 1993), der „Index des institutionellen Pluralismus“ (Colomer 1996), der Index „Institutionelle Schranken der Exekutive“ (Schmidt 1996) und ein Index, der auf der Grundlage einer Analyse von Tsebelis (1995) konstruiert wurde. Dem Veto-Spieler-Ansatz werden auch die beiden Indizes von Lijphart (1999) zugerechnet, die jeweils eine Dimension seiner grundlegenden Unterscheidung von majoritärer und konsensueller Demokratie erfassen („executives-parties“-Index, „federal-unitary“-Index). Der Einfachheit halber verwenden wir im folgenden lediglich die Autorennamen zur Kennzeichnung der Indizes. Bei diesem zweiten Schritt soll vor allem geklärt werden, was die einzelnen Indizes überhaupt messen und inwieweit sie zur Analyse der Qualität unterschiedlicher Typen demokratischer Regime geeignet sind.

2. Typen demokratischer Regime

2.1 Probleme bei der Konstruktion von Typologien

Der Bezugspunkt unserer Analyse ist letztlich die Frage nach der *Qualität* unterschiedlicher *Formen* von Demokratie. Die Erörterung dieser Frage setzt zunächst die Bestimmung derartiger Formen voraus, und das geschieht wiederum in der Regel durch die Konstruktion von Typologien. In der empirischen Demokratieforschung wurden inzwischen eine Vielzahl von Typologien demokratischer Regime vorgeschlagen, von denen sich bislang aber noch keine allgemein durchsetzen konnte. Die relativ gebräuchlichste ist diejenige von Lijphart (1984, 1999), aber auch diese ist diskussionsbedürftig, wie wir im Verlaufe unserer Analyse noch zeigen werden. Diese Typologien werfen unter anderem drei gravierende Probleme auf, die zu ausdrücklichen Entscheidungen zwingen.

Das erste Problem ist bereits in der Einleitung angesprochen worden. Es ist wenig aussichtsreich und auch wenig informativ, eine Typologie demokratischer Regime *an sich* bilden zu wollen, wie das in der vergleichenden Regierungslehre als Verfassungssystematik häufig versucht wird. Welche Merkmale herangezogen werden müssen oder können, hängt maßgeblich von der Fragestellung ab, die man beantworten will: Geht es primär um die Auswirkungen – und darüber vermittelt um die Qualität – unterschiedlicher Typen von Demokratie oder geht es primär um die Erklärung von Policies?

Das zweite Problem besteht in der Unterkomplexität von Typologien, die sich lediglich auf Dichotomien wie Einkammersystem/Zweikammersystem, Föderalismus/Unitarismus oder Zweiparteiensystem/Mehrparteiensystem und Mehrheitswahlrecht/Verhältniswahlrecht stützen. Tsebelis (1995) hat betont, dass diese Dichotomien mehr oder weniger wichtige Einzelelemente in komplexeren institutionellen Arrangements darstellen, die dann bestimmte Typen konstituieren. Wenn man diese Einzelelemente aber aus ihrem institutionellen Kontext löst, dann kann das zu irreführenden Resultaten führen. Folgt man dieser Argumentation von Tsebelis, dann stellt sich das Problem, welche institutionellen Merkmale ausgewählt werden sollen – und vor allem, wie diese zueinander in Beziehung gesetzt werden können, so dass sie jeweils distinkte Typen bilden. Dazu ist ein theoretisches Kriterium notwendig. Tsebelis selbst macht diesbezüglich weiterführende Vorschläge, auf die wir noch zurückkommen werden. Das führt uns zu dem dritten Problem, und zwar zu der Alternative zwischen einem deduktiven und einem induktiven Vorgehen bei der Selektion und der Relationierung von Strukturmerkmalen.

Das prominenteste Beispiel für ein eher induktives Vorgehen ist Lijpharts (1984, 1999) Typologie majoritärer und konsensueller Demokratien. Lijphart beginnt die Entwicklung seiner Typologie mit der Darstellung des sogenannten „Westminster“-Modells der Demo-

kratie, das sich auf das Beispiel des britischen Systems bezieht. Auf dieser Grundlage wird der Typ der „majoritären Demokratie“ herausgearbeitet. Aus den entgegengesetzten Merkmalsausprägungen dieser majoritären Demokratie gewinnt er den kontrastierenden Typ der „konsensuellen Demokratie“. In einer vergleichbaren Weise bestimmen viele Autoren auch den Typ der „präsidentiellen Demokratie“ im Hinblick auf das konkrete Beispiel der Vereinigten Staaten. Das Problem dieser Vorgehensweise besteht darin, dass ein demokratisches Regime in einem bestimmten Land eine Mischung von Merkmalen mit unterschiedlichem Charakter repräsentieren kann. In der Terminologie von Lijphart können sie gleichzeitig sowohl majoritäre als auch konsensuelle Elemente enthalten. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass die Verfassung in einem Land völlig konsistent nur nach einem Prinzip gestaltet ist. Ohne ein externes und abstraktes theoretisches Kriterium ist aber nicht entscheidbar, inwieweit ein konkretes Regime eine Mischung unterschiedlicher institutioneller Elemente darstellt oder inwieweit es einen „reinen“ Typ repräsentiert.

In seiner endgültigen Typologie der majoritären und konsensuellen Demokratie verschränkt Lijphart zwei Subdimensionen miteinander, und zwar die „executives-parties“- und die „federal-unitary“-Dimension. Diese Subdimensionen erhält er durch eine Faktorenanalyse einer Vielzahl von Strukturmerkmalen, bei der eine Menge existierender Demokratien die Untersuchungseinheiten bilden. Auf diese Weise kann aber nur eine *empirische* Koinzidenz identifiziert werden. Das empirische Zusammengehen von bestimmten Strukturmerkmalen sagt noch nichts über die Eigenschaften und die Auswirkungen dieser Strukturmerkmale und ihrer Kombination aus. Es kann z.B. nicht ausgeschlossen werden, dass eine ganz bestimmte Kombination von Strukturmerkmalen, die empirisch relativ selten auftritt, starke Effekte im Hinblick auf politische Performanzen hat.

Die genannten Probleme führen in unserer Analyse zu zwei Grundentscheidungen. Zum einen muss klar sein, zu welchem Zweck die Typologie konstruiert werden soll, und zum anderen ist ein theoretisch-deduktives Vorgehen geboten. Bei diesem theoretisch-deduktiven Vorgehen können allgemeine Maßstäbe der Konstruktion von Typologien, wie sie in der Wissenschaftstheorie entwickelt und begründet worden sind, eine erste Orientierung bilden. Nach Hempel (1952) sollte eine Typologie vor allem zwei Anforderungen genügen: Sie sollte so sparsam wie möglich sein und sie sollte die größtmögliche Diskriminationsfähigkeit gegenüber der Wirklichkeit besitzen. Darüber hinaus sollte eine Typologie eine eindeutige und erschöpfende Klassifikation aller relevanten Fälle ermöglichen, und sie sollte eine möglichst große Erklärungskraft besitzen (Lange/Meadwell 1991).

Die Gesichtspunkte der Diskriminationsfähigkeit und der Erklärungskraft können letztlich nur empirisch geklärt werden. Eine notwendige Voraussetzung, dass diesen beiden Anforderungen genügt werden kann, ist aber die vorgängige Konstruktion einer sinnvollen

Typologie, die den beiden Anforderungen der *Sparsamkeit* und der *Trennschärfe* bzw. Eindeutigkeit genügt. Das Kriterium der Sparsamkeit ergibt sich aus dem grundlegenden Ziel der Wissenschaft, verallgemeinerbare Erkenntnisse zu gewinnen. Die Verbesserung einer Typologie kann demzufolge nicht dadurch erzielt werden, dass man diese immer komplexer macht, sondern in dem man versucht, eine möglichst optimale Balance zwischen einer theoretisch begründeten Abstraktion von der Wirklichkeit und einer möglichst angemessenen Beschreibung der Wirklichkeit zu finden.

Eine Komplexitätserhöhung von Typologien, die auf dem Veto-Spieler-Ansatz beruhen, schlägt Kaiser (1998) in Form einer Differenzierung der Veto-Punkte vor. Wenn man vor allem die erklärte Varianz der abhängigen Variablen („policy outcomes“ oder „policy innovation“) erhöhen will, dann kann das eine naheliegende Strategie sein. Wenn man dieses Vorgehen aber radikalisiert, dann hat man am Ende für jeden konkreten Fall – d. h. für jede konkrete Politik in einem konkreten Land – ein eigenes Erklärungsmodell. Zur Auf- findung verallgemeinerbarer Erkenntnisse kann das naturgemäß wenig beitragen.

Wir versuchen im folgenden, grundlegende Dimensionen und Unterscheidungen eines demokratischen Regimes zu identifizieren, die die Basis für die Konstruktion möglichst sparsamer und trennscharfer Typologien sowie für die Operationalisierung dieser Typolo- gien bilden sollen.

2.2 Dimensionen eines demokratischen Regimes

In der Politik geht es um die Herstellung und die Durchführung von Entscheidungen, die allgemein verbindlich sind. Der Zweck dieser Funktion besteht in der Regelung von Kon- flikten innerhalb eines Kollektivs und in der Realisierung kollektiver Ziele. Die Fähigkeit, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, wird mit dem Begriff der politischen Macht bezeichnet; dementsprechend kann Macht auch als das entscheidende Medium der Politik begriffen werden (Parsons 1969; Luhmann 1974). Politische Macht ist aber eine variable Größe, und diese Variabilität hängt vor allem von zwei Faktoren ab. Erstens von der Art und Weise, wie Macht oder Herrschaft ausgeübt wird, und zweitens von der Art und Weise, wie die Machträger oder die Herrschenden ausgewählt werden (Loewenstein 1975³; Bobbio 1987; Sartori 1987; ähnlich auch Merkel 1999).

Durch die Verschränkung dieser beiden Dimensionen mit jeweils zwei Ausprägungen erhält man eine einfache Typologie von Herrschaftsordnungen (siehe Schaubild 1). Das entscheidende Kriterium bei der *Selektion* der Herrschenden besteht darin, ob diese vom Volk und d. h. von den Adressaten der Herrschaft ausgewählt werden, oder ob sich Grup- pen und Personen aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel selbst die

Herrschaftspositionen aneignen. Das entscheidende Kriterium bei der *Ausübung* der Herrschaft besteht in der Konzentration der Herrschaftsbefugnis in einer Institution (oder in einer Person) oder in der Verteilung auf mehrere Institutionen. Auf diese Weise erhält man vier verschiedene Typen von Herrschaftsordnungen: eine monokratische Autokratie oder eine polykratische Autokratie einerseits und eine monokratische Demokratie oder eine polykratische Demokratie andererseits. Wenn man das griechische Wort *kratos* durch ein anderes griechisches Wort für Herrschaft – und zwar *arché* – ersetzt, dann lauten die differenzierenden Angaben für Autokratie und Demokratie Monarchie (Steffani 1979) und Polyarchie (Dahl 1971, 1989). Die antike Demokratie des klassischen Athen, in der die Macht weitgehend in der Volksversammlung konzentriert war, stellt eine monokratische Demokratie dar. Demgegenüber ist die liberale Demokratie eine polykratische Demokratie – oder in der Terminologie von Dahl eine Polyarchie – bei der die Verteilung der Macht auf mehrere Institutionen ein konstitutives Merkmal ist. Da praktisch alle zeitgenössischen Demokratien liberale Demokratien sind, beschränken wir die weitere Analyse auf die Konkretisierung dieses allgemeinen Typs einer Herrschaftsordnung.

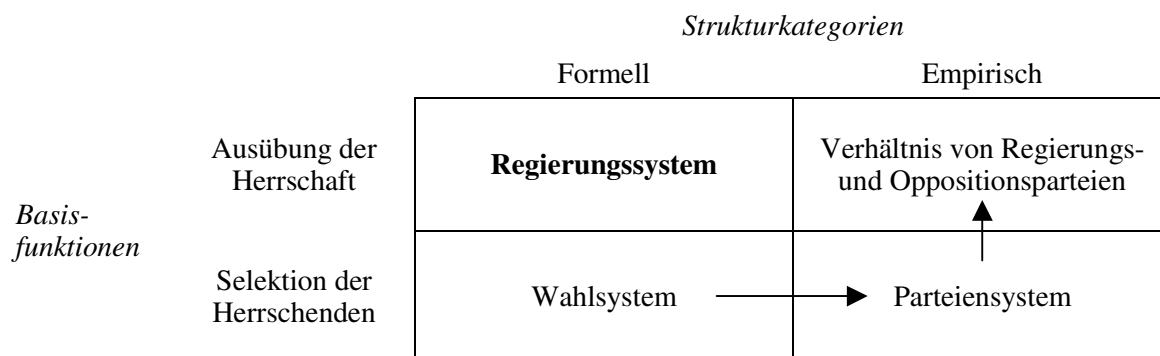
Schaubild 1: Allgemeine Typen einer Herrschaftsordnung

		<i>Selektion der Herrschenden</i>	
		Selbstselektion	Selektion durch das Volk
<i>Ausübung der Herrschaft</i>	Konzentration in einer Institution	Monokratische Autokratie	Monokratische Demokratie (Antike Demokratie)
	Verteilung auf mehrere Institutionen	Polykratische Autokratie	Polykratische Demokratie (Liberale Demokratie)

Die in Schaubild 2 dargestellte Konkretisierung der polykratischen (liberalen) Demokratie bezieht sich auf die Struktur, in der sich die Ausübung der Herrschaft und die Selektion der Herrschenden vollzieht. Dabei werden zwei Strukturkategorien unterschieden: die formelle Struktur einerseits und die empirische oder informelle Struktur andererseits (Fuchs 1993). Die *formelle Struktur* bezieht sich auf die konstitutionell definierten und somit auch mit rechtlicher Bindekraft ausgestatteten Regeln, die vorgeben, wie die beiden Basisfunktionen verfahrensmäßig umzusetzen sind. Institutionen stellen abgrenzbare Regelkomplexe mit strategisch bedeutsamen Aufgaben innerhalb des umfassenden institutionellen Arrangements dar (Göhler 1994; Crawford/Ostrom 1995; Lepsius 1995; Fuchs 1999). Die Selektion der Herrschenden wird durch das Wahlsystem (Wahlrecht) festgelegt und die Ausübung der Herrschaft durch die Kodifikation von Institutionen und ihrer Relationen. Letzteres kann man auch mit dem Begriff des Regierungssystems bezeichnen (siehe

Schaubild 2); Regierungssystem und Wahlsystem zusammen bilden das *demokratische Regime* eines Landes (Sartori 1994a).

Schaubild 2: Dimensionen einer polykratischen (liberalen) Demokratie



In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird eine zweite Kategorie von Struktur postuliert, die sich auf die Interaktionen der Akteure des demokratischen Regimes bezieht. Diese Struktur stellt also Akteurskonstellationen dar, die durch informelle Regeln gesteuert und nur empirisch ermittelt werden können. Insofern können sie entweder als *informelle* oder als *empirische Strukturen* bezeichnet werden (Easton 1990; Fuchs 1993). Ein Beispiel für eine solche empirische Struktur ist das Parteiensystem, das durch die Anzahl der Parteien und durch die Polarisierung zwischen den Parteien charakterisiert werden kann (Sartori 1976). Ein Parteiensystem entsteht durch Wahlen; das Ergebnis von Wahlen wird durch das Wahlrecht zwar beeinflusst (siehe den entsprechenden Pfeil in Schaubild 2), aber keinesfalls determiniert. Ebenso wichtig sind vielfältige und veränderliche gesellschaftliche Faktoren. Akteursstrukturen sind deshalb auch unschärfer, variabler und weniger vorhersagbar als institutionelle Strukturen. Aus diesem Grund kann die Frage gestellt werden, inwieweit Akteurskonstellationen überhaupt als Struktur begriffen und von der konkreten Ebene der Handlungen individueller und kollektiver Akteure abgelöst werden können. Das ist u. E. nur dann plausibel, wenn von dauerhaften Akteurskonstellationen ausgegangen werden kann, auf die sich die einzelnen Akteure einstellen und die ihr Verhalten in einer systematischen Weise restringieren. Lediglich temporäre und kontingente Akteurskonstellationen als Strukturen zu bezeichnen, die das Handeln der jeweils einzelnen Akteure restringiert – wie das in manchen Veto-Spieler-Analysen geschieht – ist u. E. unangemessen.

Unangesehen der konzeptuellen Problematik einer empirischen oder informellen Struktur kann im Folgenden diese Strukturkategorie wegen unserer Fragestellung weitgehend ausgeklammert werden. Diese bezieht sich ja auf die Qualität unterschiedlicher demokratischer Regime, die konstitutionell definiert werden und somit auch intentional gestaltbar

sind. Ausgehend von diesem Erkenntnisinteresse steht die formelle (konstitutionelle) Struktur des demokratischen Regimes im Vordergrund unserer Analyse. Im nachfolgenden Abschnitt werden grundlegende Möglichkeiten erörtert, wie Typologien demokratischer Regime gebildet werden können.

2.3 *Typologische Ansätze demokratischer Regime*

Das grundlegende Kriterium zur Beschreibung und Unterscheidung demokratischer Regime ist das der Machtverteilung mit den beiden Polen der Konzentration und der Dispersion von Macht. Bei einem demokratischen Regime kann es sich nur um eine relative Gewichtung zwischen diesen beiden Polen handeln. Denn ein Minimum an Machtverteilung auf unterschiedliche Institutionen ist ein definierendes Merkmal liberaler Demokratien (siehe Schaubild 1). Der Gesichtspunkt der Machtverteilung prägte bereits die Verfassungsdiskussionen des 18. und 19. Jahrhunderts – damals wurde der Begriff der Gewaltenteilung verwendet – und er bildet auch heute noch den primären Bezugspunkt nahezu aller Typologien demokratischer Regime. Bei einem demokratischen Regime geht es um die Verteilung der Macht auf unterschiedliche Regierungsinstitutionen.

Bei dieser Konzeptualisierung wird das demokratische Regime weitgehend mit dem demokratischen Regierungssystem gleichgesetzt. Das Wahlsystem als die institutionelle Gestaltung der Selektion der Regierenden wird in keiner der von uns analysierten Typologien und Indizes systematisch berücksichtigt. Bei einigen Indizes ist es lediglich ein (additives) Merkmal neben mehreren anderen des Regierungssystems. Sartori (1994a) sieht das Wahlsystem und das Regierungssystem im Sinne der beiden Basisfunktionen der liberalen Demokratie – Selektion der Herrschenden, Ausübung der Herrschaft (siehe Schaubild 2) – als die beiden grundlegenden Dimensionen einer liberalen Demokratie. Er schlägt aber keine Typologie und keinen Index vor, der auf dieser Grundlage beruht.

Die beiden fundamentalen Institutionen des Regierungssystems liberaler Demokratien sind die Regierung und das Parlament. Beide Institutionen haben jeweils eigene Funktionen bei der Ausübung von Macht. Das Verhältnis dieser beiden Institutionen bildet den Ansatzpunkt für eine der ältesten und zugleich eine der einfachsten Typologien demokratischer Regime: der Unterscheidung von *Präsidentialismus* und *Parlamentarismus* (Loewenstein 1975³; Verney 1959; Steffani 1979; Shugart/Carey 1992; Weaver/Rockman 1993; Sartori 1994a, 1994b). Diese Unterscheidung ist zunächst einmal etwas irreführend, denn sie suggeriert, dass präsidentielle Systeme keine parlamentarischen sind. Das ist natürlich nicht der Fall. Wie in allen liberalen Demokratien hat auch im präsidentiellen System das Parlament eine „signifikante“ Funktion (Steffani 1979) für die Gesetzgebung,

die Haushaltsentscheidung und die Kontrolle der Regierung. Der Unterschied zwischen Präzidentialismus und Parlamentarismus liegt in dem konstitutionell definierten Verhältnis zwischen Parlament und Regierung.

Zur Kennzeichnung dieses Verhältnisses werden zwei Begriffspaare verwendet, die der Sache nach das gleiche bedeuten: Autonomie (Präzidentialismus) versus Abhängigkeit (Parlamentarismus) sowie Separation (Präzidentialismus) versus Integration oder Fusion (Parlamentarismus). Die Bedeutung dieser Begriffspaare wird in der Regel operational durch die Angabe bestimmter Verfassungsmerkmale definiert. Shugart/Carey (1992) und Sartori (1994a, 1994b) kennzeichnen ein reines präzidentielles System durch die Angabe der drei folgenden Merkmale: 1. der Präzident ist Oberhaupt des Staates und der Regierung zugleich (monistische Exekutive) und er wird vom Volk direkt gewählt; 2. die Amtszeiten des Präzidenten und des Parlamentes sind festgelegt und es gibt praktisch keine wechselseitigen Absetzungs- bzw. Auflösungsbefugnisse; 3. der Präzident bestimmt die Zusammensetzung der Regierung und er bestimmt die Entscheidungstätigkeit der Regierung. In den Präzidentialismus-Parlamentarismus-Typologien werden parlamentarische Systeme zwar grundsätzlich komplementär zu diesen Merkmalen bestimmt, ihre Definition ist aber weniger eindeutig. Das wichtigste Merkmal des Parlamentarismus ist die Wahl des Regierungsoberhauptes durch das Parlament und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Am ausgeprägtesten ist die wechselseitige Abhängigkeit von Regierung und Parlament, wenn das Parlament die Regierung durch ein Misstrauensvotum absetzen und die Regierung das Parlament auflösen kann (Loewenstein 1975³). Beide Möglichkeiten implizieren, dass es letztlich keine festgelegten Amtszeiten von Parlament und Regierung geben kann. Diese konstitutionellen Merkmale des parlamentarischen Regierungssystems können aber faktisch „ausgehebelt“ werden, wenn die Regierung dauerhaft eine Einparteienregierung ist und sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Dann wird die institutionelle Gestaltung des Regierungssystems durch die Verfassung oder durch Verfassungsäquivalente von der Konstellation des Parteiensystems überlagert. Die politische Konsequenz dieser Überlagerung besteht in einer starken Dominanz der Regierung über das Parlament wie es z. B. in Großbritannien der Fall war und noch ist. Und genau diesen Tatbestand hat Lijphart (1984, 1999) im Sinn, wenn er seine „executives-parties“-Dimension als eine Subdimension des demokratischen Regimes ansetzt. Wie aber schon erläutert wurde, ist eine derartige Konstellation von Regierung und Opposition eine relativ kontingente Folge einer Mehrzahl von Faktoren, bei denen institutionelle Merkmale wie z. B. das Wahlsystem nur einen Faktor neben anderen darstellen.

Das Urbild eines präzidentielles Systems ist das der Vereinigten Staaten. Vor- und Nachteile dieser Regierungsform werden häufig an diesem Beispiel festgemacht. Der Hauptgrund, warum die Gründer der amerikanischen Verfassung ein „system of separation

of powers“ (Weaver/Rockman 1993, 2) eingerichtet haben, war die Verhinderung von Machtmissbrauch und Tyrannei. In der gegenwärtigen Diskussion über die Auswirkungen des Präsidentialismus – und damit auch des Parlamentarismus als dem kontrastierenden Regimetyp – ist dieser Gesichtspunkt etwas in den Hintergrund getreten. Im Vordergrund steht demgegenüber die Frage der Effizienz der Entscheidungsprozesse und der Effektivität der intendierten Policies (eine Zusammenstellung dieser Diskussion findet sich bei Weaver/Rockman 1993; siehe auch Schmidt 1995 und Tsebelis 1995). Die immer wieder geäußerte Annahme ist, dass aufgrund der relativ ausgeprägten Autonomie von Regierung (Präsident) einerseits und Parlament (Kongress) andererseits das präsidentielle System zumindest drei erhebliche Nachteile gegenüber dem parlamentarischen aufweist: höhere Transaktionskosten, eine geringere Kohärenz der einzelnen Politiken und eine geringere Fähigkeit zu politischen Innovationen. Diese angesichts der Geschichte der Vereinigten Staaten erstaunliche Annahme wäre allererst durch vergleichende Analysen empirisch zu belegen – die bislang vorhandenen Ergebnisse sind eher widersprüchlich. Aber auch wenn man diese Annahmen zunächst einmal als Prämisse akzeptiert, stellen sich zwei Folgeprobleme. Erstens kann das parlamentarische System durch die Kontrastierung mit dem präsidentiellen System nicht umstandslos als ein „system of fusion of powers“ bezeichnet werden. Hinsichtlich des Kriteriums der Machtverteilung gibt es innerhalb der existierenden parlamentarischen Systeme beträchtliche Varianzen. Zweitens ist das Merkmal der wechselseitigen Unabhängigkeit von Exekutive und Legislative, das der Präsidentialismus-Parlamentarismus-Typologie zugrunde liegt, nur ein konstitutionelles Merkmal der Machtverteilung neben anderen (wie z.B. Bikameralismus und Föderalismus). Aus dem empirischen Sachverhalt, dass das Regierungssystem der Vereinigten Staaten neben dem Präsidentialismus auch durch Föderalismus und Bikameralismus gekennzeichnet ist, muss nicht notwendigerweise gefolgert werden, dass das in anderen präsidentiellen Systemen auch der Fall ist – und empirisch trifft das auch nicht zu.

Der Sachverhalt einer Pluralität institutioneller Merkmale, die für die Frage der Machtverteilung eine Rolle spielen, wird in dem *Veto-Spieler-Ansatz* aufgegriffen und in einen ganz eigenständigen Theoriekontext gerückt. Dieser Ansatz bezieht sich ausdrücklich auf klassische Vorstellungen der Gewaltenteilung und reformuliert und formalisiert diese unter Rekurs auf Theoreme und Methoden, die aus dem Rational-Choice-Paradigma stammen. Die Formalisierung bezieht sich vor allem auf den Zusammenhang von unabhängigen Variablen (Veto-Spieler-Indizes) und abhängigen Variablen (Messungen für „policy outcomes“ oder „policy innovation“). In unserem Fragekontext interessieren aber nur die Vorstellungen, die im Rahmen des Veto-Spieler-Ansatzes über die Unterscheidung von Regimetypen entwickelt worden sind. Die bekannteste Variante dieses Ansatzes ist die von Tsebelis. Eine seiner Definitionen des Veto-Spieler lautet: „a veto player is any player –

institutional or partisan – who can block the adoption of a policy“ (Tsebelis 1995, 305). Eine Institution zählt nur dann als Veto-Spieler, wenn sie eine formale Vetomacht hat. Die Anzahl der institutionellen Veto-Spieler und ihre Vetomacht wird durch die Verfassung definiert. Demgegenüber werden bei Tsebelis (1995, 304) die „partisan veto player“ endogen durch das Parteiensystem und die Regierungskoalitionen spezifiziert (das entspricht den empirischen Strukturkategorien, die in Schaubild 2 angeführt werden). Die abhängige Variable von Tsebelis ist „policy innovation“, und beide Kategorien von Veto-Spielern restringieren die Handlungen der Akteure, die im Policy-Prozess involviert sind. Sie determinieren auf diese Weise die „policy innovation“.

Unser Analyseinteresse gilt den institutionellen Veto-Spielern. Tsebelis (1995) sowie Tsebelis/Money (1997) streichen die Relevanz vor allem von zwei konstitutionellen Merkmalen heraus, die jeweils unterschiedliche institutionelle Veto-Spieler definieren: Präsidialismus und Bikameralismus. Darüber hinaus wird noch der Föderalismus erörtert. Es wird allerdings bei beiden Autoren nicht ganz klar, ob er im Bikameralismus enthalten ist oder aber ein eigenständiges konstitutionelles Merkmal darstellt. Auf die von Tsebelis explizit diskutierte Frage, ob es weitere institutionelle Veto-Spieler gibt und welchen Einfluss diese haben, gehen wir bei der Diskussion der Indizes demokratischer Regime näher ein. Die Selektion dieser drei konstitutionellen Merkmale deckt sich auch mit grundlegenden Unterscheidungen, die der „traditionelle“ Institutionalismus vornimmt (Loewenstein 1975³). Der Präsidialismus und der Bikameralismus beziehen sich auf die horizontale Struktur des demokratischen Systems; ersteres auf das Verhältnis von Regierung und Parlament und letzteres auf die interne Struktur des Parlamentes. Der Föderalismus bezieht sich hingegen auf die vertikale Struktur des demokratischen Systems. Von einem föderalen System kann dann gesprochen werden, wenn es unterhalb der nationalen Ebene in territorialen Einheiten (Länder oder Staaten) Parlamente und Regierungen mit eigenen Kompetenzen gibt. Diese föderalen Gebilde stellen dann im politischen System eines Landes eigene Veto-Spieler bei der Gestaltung der Politik dar, unabhängig davon, ob sie auf der nationalen Ebene in einer zweiten Kammer repräsentiert sind. Hinsichtlich der Bedeutung und der Auswirkungen aller drei konstitutionellen Merkmale – Präsidialismus, Bikameralismus und Föderalismus – gibt es eine umfangreiche und differenzierte Diskussion. In der Theorie von Tsebelis – und auch in den anderen Veto-Spieler-Ansätzen (z. B. Immergut 1992) – wird davon aber weitgehend abstrahiert. Tsebelis (1995) sowie Tsebelis/Money (1997) beziehen diese Merkmale lediglich auf das theoretische Kriterium der Machtverteilung und in Hinblick auf dieses Kriterium sind alle drei Merkmale funktional äquivalent. Auf die Frage, ob dieser Abstraktionsgrad und die dadurch gewonnene funktionale Äquivalenz der institutionellen Merkmale möglicherweise zu groß ist, gehen wir in den Schlussbemerkungen ein.

3. Indizes demokratischer Regime

3.1 Darstellung und Diskussion der Indizes

Im vorangehenden Abschnitt wurden zwei Ansätze der Konstruktion von Typologien demokratischer Regime unterschieden, der Präsidentialismus-Parlamentarismus- und der Veto-Spieler-Ansatz. In diesem Abschnitt sollen die Indizes dargestellt und diskutiert werden, die diesen beiden Ansätzen zugerechnet werden können.

Die beiden wichtigsten Indizes der *Präsidentialismus-Parlamentarismus-Typologie* sind von Shugart/Carey (1992) sowie von Sartori (1994a, 1994b) entwickelt worden. Beide Indizes beziehen sich lediglich auf ein Merkmal des demokratischen Regimes, und zwar die Relation (Separierung oder Integration) von Exekutive und Legislative. Die für die Indexbildung entscheidende Frage ist die Operationalisierung dieser Relation. Beide Indizes gehen von einer operationalen Definition eines „reinen“ präsidentiellen Systems aus (vgl. vorangehender Abschnitt). An dieser Stelle sei Sartori (1994b, 106) zitiert: „... a system is presidential if, and only if, the head of state (president) (1) receives office by popular election, (2) during his preestablished tenure cannot be discharged by parliamentary vote, and (3) heads the government or governments which he appoints. When all these conditions are met, then we doubtlessly have a ‚pure‘ presidential system“ (eine ähnliche Definition findet sich bei Shugart 1993, 30). Auf der Grundlage dieser Definition scheint die Sachlage zunächst eindeutig zu sein: „Presidential and parliamentary systems are generally defined by mutual exclusion ... To be sure, a presidential system is nonparliamentary, and conversely, a parliamentary system is nonpresidential. However, division of real world cases between these two classes yields both incongruous bedfellows and dubious inclusions“ (Sartori 1994b, 106). Das Problem liegt demzufolge in der Bestimmung von Kategorien, die zwischen dem „reinen“ Präsidentialismus und dem „reinen“ Parlamentarismus liegen.

Shugart/Carey (1992) sowie Shugart (1993) schlagen eine relativ differenzierte Typologie vor, die zugleich einen ordinalen Index darstellt: „1. ‚Pure‘ presidential, 2. President-parliamentary, 3. Premier-presidential, 4. Parliamentary with ‚president‘, 5. ‚Pure‘ parliamentary“ (siehe Tabelle 1). Wichtig ist hier vor allem die Ausdifferenzierung des Präsidentialismus. Im Unterschied zum „reinen“ Präsidentialismus gibt es beim präsidentiell-parlamentarischen System eine dualistische Exekutive mit Präsident und Premier, bei der der Premier der Regierung vorsteht und vom Präsidenten abhängig ist (z. B. Russland). Beim premier-präsidentiellen System ist die Exekutive ebenfalls dualistisch, aber der Premier ist vom Präsidenten unabhängig (z. B. Polen). Beide Typen des parlamentarischen Systems sind durch eine monistische Exekutive gekennzeichnet. Im Fall des Parlamenta-

rismus mit direkt gewähltem Präsidenten existiert zwar ein Präsident, der vom Volk direkt gewählt, aber er hat entweder keine oder geringe Kompetenzen (z. B. Österreich).

Tabelle 1: Präsidentialismus-Parlamentarismus-Indizes demokratischer Regime

Typen	Definitionsmerkmale	Beispiele
<i>Shugart und Carey (1992)</i>		
1. Reiner Präsidentialismus	- Direktwahl des Präsidenten - Monistische Exekutive mit Präsident	USA
2. Präsidentiell-parlamentarisches System	- Direktwahl des Präsidenten - Dualistische Exekutive mit präsidentenabhängigem Premier	Russland
3. Premier-präsidentielles System	- Direktwahl des Präsidenten - Dualistische Exekutive mit präsidentenunabhängigem Premier	Polen
4. Parlamentarismus mit direkt gewähltem Präsidenten	- Direktwahl des Präsidenten - Monistische Exekutive mit Premier	Österreich
5. Reiner Parlamentarismus	- Keine Direktwahl des Präsidenten - Monistische Exekutive mit Premier	Deutschland, Großbritannien
<i>Sartori (1994a, 1994b)</i>		
1. Reiner Präsidentialismus	- Direktwahl des Präsidenten - Präsidentielle Leitung der Exekutive	USA
2. Semi-Präsidentialismus	- Direktwahl des Präsidenten - Dualistische Exekutive mit präsidentenunabhängigem Premier	Russland, Polen
3. Parlamentarismus	- Keine Direktwahl des Präsidenten - Monistische Exekutive mit Premier	Österreich, Deutschland, Großbritannien

Die Typologie von Shugart/Carey fällt durch die Asymmetrie zwischen den beiden Polen des reinen Präsidentialismus und des reinen Parlamentarismus auf, die theoretisch nicht begründet wird. Es handelt sich im Grunde weniger um eine Präsidentialismus-Parlamentarismus-Typologie als um eine Präsidentialismus-Typologie. Symmetrischer und zugleich einfacher ist die Typologie von Sartori (1994a, 1994b). Nach Sartori ist die Typologie von Shugart/Carey hinsichtlich der Abgrenzung der einzelnen Typen unscharf und in ihrer Differenziertheit unnötig. Er beschränkt sich auf die Dreiteilung von Präsidentialismus, Semi-Präsidentialismus und Parlamentarismus (siehe Tabelle 1). Welche der beiden Typologien letztlich die angemessenere ist, kann zum einen daran gemessen werden, wie gut (erschöpfend und eindeutig) die demokratischen Regime der einzelnen Länder auf ihrer Grundlage klassifiziert werden können, und zum anderen an ihrer Erklärungskraft. Diese Überprüfung ist aber nicht das Thema unserer Analyse.

Während sich die Präsidentialismus-Parlamentarismus-Typologien auf dieses eine Strukturmerkmal konzentrieren, ist Präsidentialismus in den *Veto-Spieler-Typologien*, die dieses Merkmal berücksichtigen, lediglich ein Strukturmerkmal neben anderen. In der Tabelle 2 wird die Selektion von Strukturmerkmalen durch Indizes demokratischer Regime dargestellt, die wir dem Veto-Spieler-Ansatz zurechnen. Mit Ausnahme von Lijphart (1999) ordnen sich Huber u. a. (1993), Tsebelis (1995), Colomer (1996) und Schmidt (1996) in unterschiedlicher Ausdrücklichkeit selber diesem Ansatz zu. Lijphart begründet die Auswahl seiner Strukturmerkmale im Hinblick auf das Kriterium der Machtverteilung. Da aber dieses Kriterium letztlich auch dem Veto-Spieler-Ansatz zugrunde liegt, können auch die Indizes von Lijphart diesem Ansatz zugerechnet werden.

Die in Tabelle 2 aufgeführten Strukturmerkmale sind nach den Dimensionen einer polykratischen (liberalen) Demokratie angeordnet, die in Schaubild 2 dargestellt wurden. Diese Klassifikation von Merkmalen erleichtert die Feststellung, was die einzelnen Indizes messen. Eine in Tabelle 2 aufgeführte Unterscheidung ist bislang noch nicht erläutert worden, und zwar die zwischen primären und sekundären Merkmalen des Regierungssystems. Diese Unterscheidung berührt direkt die Frage der Bedeutung und der Gewichtung institutioneller Merkmale. In Anlehnung an Tsebelis (1995) werden institutionelle Merkmale dann als peripher eingestuft, wenn sie nur bei bestimmten Entscheidungsthemen relevant werden (z. B. unabhängige Zentralbank bei finanzpolitischen und ökonomischen Entscheidungen) oder wenn sie – unter bestimmten Voraussetzungen – bereits getroffene Entscheidungen lediglich nachträglich abändern können (z. B. Verfassungsgerichtsbarkeit). Zentrale Strukturmerkmale sind dann solche, die die politischen Entscheidungsprozesse unmittelbar, permanent und umfassend strukturieren oder restringieren.

Derjenige Index, der sich hinsichtlich der Selektion von Strukturmerkmalen von allen anderen am stärksten unterscheidet, ist die „executives-parties dimension“ von Lijphart (siehe Tabelle 2). Er umfasst ausschließlich empirische Strukturmerkmale, die sich auf Akteurskonstellationen beziehen. Die anderen Indizes stützen sich weitgehend auf formelle (konstitutionelle) Strukturmerkmale und dabei vor allem auf solche des Regierungssystems. Lediglich der Index von Huber u. a. bezieht zusätzlich auch das Wahlrecht mit ein und der von Colomer berücksichtigt zusätzlich ein empirisches Strukturmerkmal (effektive Anzahl der Parlamentsparteien). Vor dem Hintergrund unserer theoretischen Unterscheidungen ist diese Ausweitung einerseits problematisch. Wenn das Regierungs- und das Wahlsystem die beiden grundlegenden Dimensionen eines demokratischen Regimes sind (siehe Schaubild 2), dann müssen sie auch gleichgewichtig und systematisch miteinander verknüpft werden. Eine lediglich additive Hinzufügung eines Strukturmerkmals des Wahlsystems zu mehreren Strukturmerkmalen des Regierungssystems ist demzufolge unzureichend. Ein ähnliches Argument kann auch für die Verbindung von formellen und

empirischen Strukturkategorien gemacht werden. Ein Beispiel für eine systematische Verknüpfung dieser beiden Strukturkategorien ist die Konstruktion von Veto-Spieler-Indizes bei Tsebelis (1995, 1999). Andererseits fällt die Berücksichtigung nur *eines* zusätzlichen Strukturmerkmals, das nicht zum Regierungssystem gehört, bei Huber u. a. sowie bei Colomer zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Beide bilden additive Indizes aus fünf (Huber u. a.) bzw. aus vier (Colomer) Strukturmerkmalen.² Mit Ausnahme der „executives-parties dimension“ von Lijphart können die Indizes also im wesentlichen als Messungen des Regierungssystems betrachtet werden.

Table 2: Selektion von Strukturmerkmalen bei Veto-Spieler-Indizes demokratischer Regime

	Lijphart (1999)	Huber u. a. (1993)	Tsebelis (1995)	Colomer (1996)	Schmidt (1996)
<i>A. Formelle (konstitutionelle) Struktur</i>					
<i>1. Regierungssystem</i>					
<i>a. Primäre Merkmale</i>					
Präsidentialismus		X	X	X	
Bikameralismus	X ¹	X	X	X	X
Föderalismus	X ¹	X	X	X	X

<i>b. Sekundäre Merkmale</i>					
Konstitutionelle Rigidität	X ¹				X
Verfassungsgerichtsbarkeit	X ¹				
Referenden		X			X
Unabhängige Zentralbank	X ¹				X
EU-Mitgliedschaft					X

<i>2. Wahlsystem</i>					
Wahlrecht		X			
<hr/>					
<i>B. Empirische (Akteurs-)Struktur</i>			(X)		
<i>1. Verhältnis von Regierungs- und Oppositionsparteien</i>					
Regierungszusammensetzung	X ²				
Dominanz der Exekutive (Stabilität der Regierung)	X ²				

<i>2. Parteiensystem</i>					
Effektive Anzahl der Parlamentsparteien	X ²			X	
Disproportionalität der Wahlen	X ²				

1 „Federal-unitary dimension“

2 „Executives-parties dimension“

2 Mit Ausnahme der beiden Indizes von Lijphart (1999), die auf „factor scores“ basieren, handelt es sich bei allen anderen Indizes um additive Indizes.

Die fünf Indizes des *Regierungssystems* – Lijphart („federal-unitary dimension“), Huber u. a., Tsebelis, Colomer und Schmidt – unterscheiden sich in zwei Aspekten. Erstens, ob sie den Präsidialismus als primäres Strukturmerkmal aufnehmen oder nicht und zweitens, inwieweit sie neben primären Strukturmerkmalen auch sekundäre berücksichtigen. Der Präsidialismus wird nicht berücksichtigt bei den Indizes von Lijphart und von Schmidt. Das ist etwas überraschend, weil der Präsidialismus gemeinhin als ein Prototyp eines „system of separation of powers“ gilt (siehe vor allem Weaver/Rockman 1993, aber auch Tsebelis 1995). Lijphart (1984) führt für die Exklusion dieses Merkmals ein empirisches Argument an: Präsidialismus läßt in seiner Faktorenanalyse nur ganz schwach auf der „federal-unitary dimension“. Dieses empirische Ergebnis ist unseres Erachtens aber kein überzeugender Grund, ein Strukturmerkmal auszuschließen. Wenn man Machtverteilung als einen zentralen Referenzpunkt für die Entwicklung einer Typologie nimmt – wie Lijphart das tut – dann ist der Präsidialismus zweifelsfrei ein Indikator für Machtverteilung. Bei Schmidt wird die Nichtberücksichtigung des Präsidialismus nicht ausdrücklich begründet. Allerdings läßt sich – auch auf der Grundlage der Darstellung des Präsidialismus in Schmidt (1995) – eine solche Begründung formulieren. In dem Maße, wie man unterstellt, dass die Auswirkungen des Präsidialismus auf andere Merkmale zurückgehen als auf das bloße Faktum, dass der Präsident ein institutioneller Veto-Spieler ist, in dem Maße reduziert sich die Notwendigkeit, den Präsidialismus in einen Veto-Spieler-Index aufzunehmen. Beispiele für die angesprochenen anderen Merkmale sind die Personalisierung der Politik im Präsidialismus und die starke Abhängigkeit des Präsidenten von der öffentlichen Meinung. Das wiederum würde implizieren, dass der Veto-Spieler-Ansatz allein nicht ausreicht, um die unterschiedlichen Formen von demokratischen Regimen zu erfassen.

Noch folgenreicher als die Frage der Einbeziehung des Präsidialismus in die Typologie ist der zweite Aspekt der zusätzlichen Einbeziehung sekundärer Strukturmerkmale des Regierungssystems. Letzteres erfolgt sowohl bei der „federal-unitary dimension“ von Lijphart als auch bei dem von Schmidt entwickelten Index. In beiden Fällen überwiegt die Anzahl der sekundären sogar die der primären Strukturmerkmale (siehe Tabelle 2). Das ist vor allem für den additiven Index von Schmidt bedeutsam, der ja ein gleiches Gewicht der einzelnen Strukturmerkmale unterstellt. Diese Erweiterung der institutionellen Veto-Spieler hat Vor- und Nachteile. Die Nachteile ergeben sich aus der bereits erläuterten Kennzeichnung als sekundäre Strukturmerkmale. Danach beziehen sich diese auf Institutionen des Regierungssystems, die entweder nur themenspezifisch oder nur nachträglich ein Mitspieler in den politischen Entscheidungsprozessen werden. Aus diesem Sachverhalt kann man entweder die Konsequenz ziehen, die sekundären Strukturmerkmale aus der Indexbildung auszuschließen, wie das letztlich Tsebelis (1995) macht. Oder man gewichtet die

sekundären Merkmale geringer als die primären. Für eine solche Gewichtung steht aber kein theoretisches Kriterium zur Verfügung, so dass diese Lösung praktisch nicht umsetzbar ist. Eine dritte Alternative besteht darin, die sekundären Strukturmerkmale nur themenspezifisch in die Indexkonstruktion einzubeziehen. Wenn es z. B. um die Erklärung ökonomischer Performanzen geht, würde man das Merkmal der „unabhängigen Zentralbank“ einbeziehen. Das aber würde bedeuten, dass man in Abhängigkeit von den jeweils zu erklärenden Policies jeweils unterschiedliche Indizes konstruieren müsste. Wenn wir aber die Qualität unterschiedlicher institutioneller Arrangements beurteilen wollen, dann macht es wenig Sinn, die Indizes zur Erfassung dieser institutionellen Arrangements ständig zu variieren.

Obgleich sekundäre Strukturmerkmale nur themenspezifisch, temporär und nachträglich zu Mitspielern werden können, kann es aber durchaus sein, dass eine Mehrzahl derartiger Veto-Spieler *zusammengenommen* ein demokratisches Regime konstituieren, das erhebliche Restriktionen für die Entscheidungsprozesse *insgesamt* bewirkt. Diese Möglichkeit kann durch eine Typenbildung und durch eine Indexkonstruktion, die sich auf primäre Strukturmerkmale beschränkt, nicht abgedeckt werden. Bei der Indexbildung muss deshalb entschieden werden, welche Bedeutung man dieser Möglichkeit einräumt und ob man das Problem der impliziten Übergewichtung der sekundären Strukturmerkmale bei der Konstruktion seines additiven Indexes in Kauf nimmt.

Die theoretisch eindeutigere Lösung besteht sicherlich darin, die Typenbildung und die Indexkonstruktion lediglich im Hinblick auf die zentralen Strukturmerkmale des Regierungssystems vorzunehmen. Dies scheint am ausgeprägtesten bei Tsebelis der Fall zu sein (vgl. Tabelle 2). Das trifft aber nur für seine Selektion der institutionellen Veto-Spieler zu, die *grundsätzlich* in Frage kommen. Ob sie dann *tatsächlich* als Veto-Spieler zählen und somit in den Index aufgenommen werden, wird von einem weiteren Kriterium abhängig gemacht. Das kann am leichtesten anhand des Bikameralismus verdeutlicht werden. Nur wenn die zweite Kammer Mehrheitsverhältnisse zwischen den dort vertretenen Parteien aufweist, die sich von denen der ersten Kammer unterscheiden, zählt sie als ein zusätzlicher Veto-Spieler (Tsebelis 1995). Wenn dieselben Parteien in beiden Kammern die Mehrheit haben, dann zählen beide Kammern lediglich als *ein* Veto-Spieler. Der Stellenwert der institutionellen Veto-Spieler hängt bei Tsebelis also auch von kontingenten Akteurskonstellationen ab. Das bedeutet, dass sich der Index für ein gegebenes Land in der Zeit verändern kann, auch wenn die konstitutionelle Struktur sich nicht verändert hat. Dieses Vorgehen von Tsebelis mag sinnvoll sein, wenn man vor allem an der Erklärung von spezifischen „policy outcomes“ interessiert ist, wie das von Tsebelis ja ausdrücklich festgehalten wird (vgl. Einleitung). Es ist aber kein angemessenes Vorgehen, wenn es um die Bewertung der konstitutionellen Struktur geht. Im nachfolgenden Abschnitt bilden wir

deshalb einen Index, der die Selektion der institutionellen Veto-Spieler von Tsebelis aufgreift, aber von ihrer Bedingtheit durch die Akteurskonstellationen abstrahiert.

3.2 Dimensionen der Indizes

Wir haben die von uns analysierten Indizes den typologischen Ansätzen des Präsidialismus-Parlamentarismus und des Veto-Spielers zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgte auf der Grundlage theoretischer Überlegungen und des Selbstverständnisses der Autoren, die die jeweiligen Indizes entwickelt haben. Im Folgenden wird überprüft, inwieweit diese apriorische Zuordnung sich auch empirisch halten lässt. Zu diesem Zweck führen wir eine exploratorische Faktorenanalyse durch. Entsprechend unserer Zuordnung erwarten wir zwei Faktoren: den einen müssten die beiden Präsidialismus-Parlamentarismus-Indizes bilden (Shugart/Carey, Sartori) und den anderen die Veto-Spieler-Indizes (Lijpharts „federal-unitary dimension“, Huber u. a., Colomer und Schmidt).

Neben den bereits dargestellten Indizes sind in die Faktorenanalyse zwei weitere aufgenommen worden: ein „Minimaler Regierungssystem-Index A“ und ein „Minimaler Regierungssystem-Index B“. Beides sind additive Indizes. Sie werden als *minimal* bezeichnet, weil sie ausschließlich auf formellen (konstitutionellen) und primären Strukturmerkmalen beruhen. Bei dem Index A handelt es sich um Bikameralismus und Föderalismus; der Index B enthält neben diesen beiden Merkmalen noch den Präsidialismus. Der „Minimale Regierungssystem-Index B“ ist somit eine Neukonstruktion, die sich auf die Selektion der institutionellen Merkmale von Tsebelis stützt (siehe Tabelle 2). Unter den insgesamt acht Indizes, die in die Faktorenanalyse eingehen, sind diese beiden – zusammen mit dem Präsidialismus-Parlamentarismus-Index von Sartori – die eindeutig sparsamsten.

Das Ergebnis der Faktorenanalyse ist wenig überraschend (siehe Tabelle 3). Es werden genau die beiden erwarteten Faktoren oder Komponenten extrahiert: eine Komponente der Veto-Spieler-Indizes und eine Komponente der Präsidialismus-Indizes. Allerdings ergeben sich einige bemerkenswerte Detailergebnisse. Die Faktorladungen aller Veto-Spieler-Indizes auf der ersten Komponente sind außerordentlich hoch. Die relativ niedrigeren Ladungen zeigen diejenigen Indizes, die als Strukturmerkmale auch den Präsidialismus enthalten und deshalb Nebenladungen auf der zweiten Komponente aufweisen, die sich auf den Präsidialismus bezieht. Bei der Präsidialismus-Komponente sind die Faktorladungen des komplexeren Indexes von Shugart/Carey und des einfacheren Indexes von Sartori nahezu gleich hoch. Aus diesen Ergebnissen lässt sich eine Schlussfolgerung für die zwei bereits erörterten Probleme der Indexbildung ziehen. Die Differenzie-

rung zwischen einfachen und komplexen Indizes und die zwischen Indizes, die sich nur auf primäre Strukturmerkmale des Regierungssystems stützen oder auch sekundäre Strukturmerkmale aufgreifen, spielen für die Faktorstruktur keine Rolle. Alle Veto-Spieler-Indizes erfassen das latente Konstrukt gleichermaßen gut und gleiches gilt auch für die beiden Präsidentialismus-Indizes. Das impliziert, dass auch die sparsameren Indizes das jeweils latente Konstrukt hinreichend gut messen. Die aus diesem Sachverhalt resultierenden forschungspraktischen Konsequenzen diskutieren wir in den Schlussbemerkungen.

Tabelle 3: Faktorenanalyse¹ der Indizes demokratischer Regime

Indizes	Komponenten	
	1 (Veto-Spieler)	2 (Präsidentialismus)
Lijphart („federal-unitary dimension“)	.95	
Huber u. a.	.85	-.39
Colomer	.84	-.42
Schmidt	.92	
Shugart/Carey		.98
Sartori	-.26	.95
Minimaler Regierungssystem-Index A ²	-.97	
Minimaler Regierungssystem-Index B ³ („Tsebelis“)	-.89	.42

1 Hauptkomponentenanalyse: Varimaxrotation; erklärte Varianz = 92 %; N = 23.

2 Formelle und primäre Strukturmerkmale: Bikameralismus und Föderalismus.

3 Formelle und primäre Strukturmerkmale: Bikameralismus, Föderalismus und Präsidentialismus.

Quelle: Lijphart (Lijphart 1999); Huber u. a., Colomer, Schmidt (Schmidt 1996); Shugart/Carey, Sartori, Minimaler Regierungssystem-Index A und B (Fuchs/Strassheim 2000)

Bevor wir zu dieser kommen, sollen noch kurz zwei weitere empirische Befunde berichtet werden. Der eine bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen Präsidentialismus- und Veto-Spieler-Indizes. Der Präsidentialismus-Index von Shugart/Carey korreliert mit den drei Veto-Spieler-Indizes, die ausschließlich konstitutionelle Merkmale des Regierungssystems enthalten aber nicht den Präsidentialismus (Lijpharts „federal-unitary dimension“, Schmidt, Minimaler Regierungssystem-Index A) mit durchschnittlich 0.21. Es besteht also ein gewisser Zusammenhang, aber dieser ist nicht sehr stark. Dieses Ergebnis macht über die Faktorenanalyse (siehe Tabelle 3) hinaus deutlich, dass der Präsidentialismus- und der Veto-Spieler-Ansatz nicht ohne weiteres wechselseitig substituiert werden können. Der Präsidentialismus ist auch nach diesem Ergebnis offenbar nicht nur eine Sub-Dimension der Meta-Dimension der Machtverteilung.

Der zweite Befund betrifft die „executives-parties“ Dimension von Lijphart, die lediglich empirische Strukturmerkmale oder Akteurskonstellationen umfasst (siehe Tabelle 2).

Wenn ein Index dieser Dimension in die Faktorenanalyse mit aufgenommen wird, dann erhält man zu der in Tabelle 3 aufgeführten zwei Komponenten eine dritte, die genau durch diesen Index konstituiert wird. Dieses empirische Ergebnis bestätigt unsere theoretische Annahme, dass die „executives-parties“ Dimension von Lijphart etwas ganz anderes erfasst als alle anderen Indizes.

4. Schlussbemerkungen

Unsere Analyse der Typen und Indizes demokratischer Regime hat zwei allgemeine Bezugspunkte. Zum einen geht es um die *Bewertung* unterschiedlicher Typen demokratischer Regime. Diese Bewertung kann sich entweder auf die systemische oder auf die demokratische Performanz des Regimes beziehen. Zum anderen geht es um die intentionale *Implementation* eines neuen oder die strukturelle Reformierung eines bestehenden demokratischen Regimes. Im Hinblick auf diese beiden Bezugspunkte müssen zwei Festlegungen getroffen werden. Erstens können Typen demokratischer Regime nur auf der Grundlage konstitutioneller Strukturmerkmale unterschieden werden, denn nur diese sind intentional gestaltbar. Zweitens muss der Typ des demokratischen Regimes in einem Land unabhängig von bestimmten und variierenden Policies bestimmt werden. Für letzteres lassen sich wiederum zwei Gründe anführen. Wenn ein Regimetyp bewertet werden soll, dann muss dieser als das Bewertungsobjekt auch konstant gehalten werden. Zudem kann eine derartige Bewertung nur auf langfristigen und umfassenden Performanzen des Regimetyps beruhen, und nicht auf einzelnen „policy outcomes“. Der Bezugspunkt unserer Analyse ist also nicht die möglichst vollständige Erklärung von spezifischen „policy outcomes“, was bislang das Erkenntnisinteresse der meisten Analysen im Rahmen des Veto-Spieler-Ansatzes war.

Auf der Grundlage einer theoretischen Bestimmung des Begriffs und der Dimensionen eines demokratischen Regimes wurden eine Reihe von gebräuchlichen Typen und Indizes dargestellt und diskutiert. Dabei wurden zwei grundlegende Ansätze der Typenbildung und Indexkonstruktion unterschieden: zum einen der Präsidialismus-Parlamentarismus-Ansatz und zum anderen der Veto-Spieler-Ansatz. Diese theoretische Unterscheidung konnte durch eine Faktorenanalyse der Indizes empirisch bestätigt werden.

Unter den Veto-Spieler-Indizes sind diejenigen von Lijphart („federal-unitary dimension“) und Schmidt sowie die beiden neu-konstruierten Minimalen Regierungssystem-Indizes, die theoretisch eindeutigsten. Alle vier Indizes beruhen ausschließlich auf formellen Strukturmerkmalen des Regierungssystems. Während die Indizes von Lijphart und Schmidt primäre und sekundäre Strukturmerkmale umfassen, beschränken sich die

beiden Minimalen Regierungssystem-Indizes auf primäre Strukturmerkmale (Bikameralismus, Föderalismus und bei einem der beiden Indizes zusätzlich noch Präsidentialismus). Wenn wir unser expliziertes Erkenntnisinteresse als Kriterium nehmen, dann sind diese vier Indizes für die Analyse der Auswirkungen unterschiedlicher Typen des demokratischen Regimes auf politische (systemische und demokratische) Performanzen die geeignetsten.

Wie die Faktorenanalyse der Indizes zeigt, wird das latente Konstrukt – das Ausmaß der Machtverteilung, operationalisiert durch die Anzahl der Veto-Spieler – durch alle vier Indizes gleich gut gemessen. Dieses Ergebnis hat eine forschungspraktische Bedeutung. Wenn man möglichst viele Länder mit demokratischen Regimen in die empirische Analyse mit einbeziehen will, dann kann man auf die sparsamen Indizes zurückgreifen, ohne dass sich das Problem eines „conceptual stretching“ (Sartori 1970; Collier 1993) stellt. Dieser Begriff wurde von Sartori (1970) in die Diskussion eingeführt, um das Problem der Reduktion des intensionalen Gehaltes eines Konzeptes zum Zwecke der Erweiterung der Analysefälle zu kennzeichnen.

Eine andere und noch offene Frage ist, welche der beiden grundlegenden Ansätze der Typenbildung und Indexkonstruktion zur Erfassung des demokratischen Regimes in den einzelnen Ländern der angemessenere ist. Die Unterscheidung zwischen Präsidentialismus und Parlamentarismus ist in den Veto-Spieler-Ansatz integrierbar, so dass dieser als der umfassendere erscheint. Bei dem Veto-Spieler-Ansatz ist der Präsidentialismus aber lediglich ein Veto-Spieler neben anderen und stellt in diesem Sinne ein funktionales Äquivalent zu den anderen Strukturmerkmalen dar. Dementsprechend kann bei den additiven Indizes, die im Veto-Spieler-Ansatz als Messinstrument dominieren, das Merkmal des Präsidentialismus zu den anderen Veto-Spielern einfach hinzu addiert werden. Die offene Frage aber ist, ob man auf diese Weise geradezu von Besonderheiten des präsidentiellen Systems abstrahiert, die Auswirkungen auf die Wirklichkeit der politischen Prozesse haben können. Diese Besonderheit liegt zum einen in der Fokussierung der Exekutive auf den Präsidenten, die mit einer im Vergleich zu parlamentarischen Systemen stärkeren Personalisierung von Politik einhergeht. Diese Besonderheit liegt zum anderen in einem Folgeproblem der Separierung von Exekutive und Legislative. Der Präsident ist infolge dieser Separierung auf die öffentliche Meinung als Machtressource angewiesen. Diese beiden Merkmale können einerseits zu einem Populismus und zu einer Sprunghaftigkeit der präsidentiellen Politik führen. Andererseits aber können sie die Legitimität des demokratischen Regimes erhöhen, wenn das Zusammenspiel zwischen Präsidenten und Öffentlichkeit funktioniert. Wir können diese Frage hier nicht klären, sondern lediglich eine allgemeine Schlussfolgerung ziehen. In dem Maße, in dem die genannten und weitere Besonderheiten des präsidentiellen Systems eine Rolle spielen, in dem Maße ist es auch unangemessen, den

Präsidentialismus lediglich zu einem Veto-Spieler zu machen. Es könnte dann sinnvoller sein, einen ganz neuen typologischen Ansatz zu verfolgen, der die Differenzierung von Präsidentialismus und Parlamentarismus einerseits und die Differenzierung in machverteilende und machtkonzentrierende Systeme andererseits systematisch miteinander verbindet. Erste Überlegungen in dieser Richtung werden z. B. von Weaver/Rockman (1993) und Lijphart (1992) angestellt. Allerdings ist es bislang noch nicht gelungen, ein theoretisches Kriterium zu finden, das eine systematische und nicht nur eine voluntaristische Verbindung beider Dimensionen ermöglicht.

Literatur

- Almond, Gabriel A./G. Bingham Powell (1978): *Comparative Politics*, Boston, Toronto: Little Brown and Company (2. Auflage).
- Bobbio, Norberto (1987): *The Future of Democracy. A Defense of the Rules of the Game*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Collier, David (1993): „The Comparative Method“, in: Ada W. Finifter (Hrsg.), *Political Science. The State of the Discipline II*, Washington: The American Political Science Association, S. 105-119.
- Colomer, Joseph M. (Hrsg.), (1996): *Political Institutions in Europe*, London/New York: Routledge.
- Crawford, Sue E. S./Elinor Ostrom (1995): „A Grammar of Institutions“, *American Political Science Review*, 89, S. 582-600.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven/London: Yale University Press.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its Critics*, New Haven, London: Yale University Press.
- Easton, David (1979): *A Systems Analysis of Political Life*, Chicago/London: The University of Chicago Press (2. Auflage; 1. Auflage 1965).
- Easton, David (1990): *The Analysis of Political Structure*, New York/London: Routledge.
- Eckstein, Harry (1971): *The Evaluation of Political Performance: Problems and Dimensions*, Beverly Hills, London: Sage.
- Fuchs, Dieter (1993): *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses*, Diskussionspapier FS III 93-202, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fuchs, Dieter (1998): „Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien“, in: Michael Greven (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, Opladen: Leske + Budrich, S. 152-179.
- Fuchs, Dieter (1999) „Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften“, in: Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 127-178.
- Fuchs, Dieter/Holger Strassheim (2000): *Makroindikatoren demokratischer Systeme. Codebuch*. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.
- Göhler, Gerhard (1994): „Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen“, in: Gerhard Göhler

- (Hrsg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 19-46.
- Hempel, Carl G. (1952): *Fundamentals of Concept Formation in Empirical Science. International Encyclopedia of Unified Science*, Vol. 2, No. 7, Chicago: University of Chicago Press.
- Huber, Evelyne/Charles Ragin/John D. Stephens (1993): „Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State“, *American Journal of Sociology*, 99, S. 711-749.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman: University of Oklahoma Press.
- Immergut, Ellen M. (1992): *Health Politics: Interests and Institutions in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kaiser, André (1998): „Vetopunkte der Demokratie. Eine Kritik neuerer Ansätze der Demokratietypologie und ein Alternativvorschlag“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29, S. 525-541.
- Lange Peter/Hudson Meadwell (1991): „Typologies of Democratic Systems: From Political Inputs to Political Economy“, in: Howard J. Wiarda (Hrsg.), *New Directions in Comparative Politics*, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press, S. 82-117.
- Lepsius, M. Rainer (1995): „Institutionenanalyse und Institutionenpolitik“, in: Birgitta Nedelmann (Hrsg.), *Politische Institutionen im Wandel, Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 392-403.
- Lijphart, Arend (1984): *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-one Countries*, New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1991): „Constitutional Choices for New Democracies“, *Journal of Democracy*, 2, S. 72-84.
- Lijphart, Arend (1992): „Introduction“, in: Arend Lijphart (Hrsg.), *Parliamentary Versus Presidential Government*, Oxford: Oxford University Press, S. 1-27.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend/Carlos H. Waisman (Hrsg.), (1996): *Institutional Design in New Democracies. Eastern Europe and Latin America*, Boulder, Col.: Westview Press.
- Lipset, Seymour M. (1981): *Political Man*, Baltimore/ London: The Johns Hopkins University Press (erweiterte und aktualisierte Auflage).
- Loewenstein, Karl (1975): *Verfassungslehre*, Tübingen: Mohr (3. Auflage; 1. Auflage 1957).

- Luhmann, Niklas (1974): „Soziologie des politischen Systems“, in: Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Opladen: Westdeutscher Verlag (4. Auflage), S. 154-177.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation*, Opladen: Leske + Budrich.
- Parsons, Talcott (1969): *Politics and Social Structure*, New York: The Free Press/London: Collier-Macmillan.
- Rothstein, Bo (1996): „Political Institutions: An Overview“, in: Robert E. Goodin/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford: Oxford University Press, S. 133-166.
- Sartori, Giovanni (1970): „Concept Misformation in Comparative Politics“, *American Political Science Review*, 64, S. 1033-1053.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Vol. 1, Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Sartori, Giovanni (1987): *The Theory of Democracy Revisited*, Chatham, N. Y.: Chatham House Publishers.
- Sartori, Giovanni (1994a): *Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*, Houndsmills: Macmillan.
- Sartori, Giovanni (1994b): „Neither Presidentialism nor Parliamentarism“, in: Juan J. Linz und Arturo Valenzuela (Hrsg.), *The Failure of Presidential Democracy*, Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press, S. 106-118.
- Schmidt, Manfred G. (1995): *Demokratiethorien. Eine Einführung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G. (1996): „When Parties Matter: A Review of Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy“, *European Journal of Political Research*, 30, S. 155-183.
- Shugart, Matthew (1993): „Of Presidents and Parliaments“, *East European Constitutional Review*, 2, S. 30-32.
- Shugart, Matthew Soberg/John M. Carey (1992): *Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Steffani, Winfried (1979): *Präsidentielles und parlamentarisches Regierungssystem*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tsebelis, George (1995): „Decision Making in Political Systems. Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartyism“, *British Journal of Political Science*, 25, S. 289-325.
- Tsebelis, George (1999): „Veto Players and Law Production in Parliamentary Democracies: An Empirical Analysis“, *American Political Science Review*, 93, S. 591-608.

- Tsebelis, George/Jeannette Money (1997): *Bicameralism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Verney, Douglas V. (1959): *The Analysis of Political Systems*, London: Routledge und Kegan Paul.
- Weaver, Kent R./Bert A. Rockman (Hrsg.), (1993): *Do Institutions Matter? Government Capabilities in the United States and Abroad*, Washington, DC: The Brookings Institutions.